

Globale Finanz- und Wirtschaftskrisen bewältigen

Als im Herbst 2008 mit der Pleite der amerikanischen Bank Lehman Brothers die schwerste globale Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 ihren Lauf nahm, wurde allerorts gefragt, wie es dazu kommen konnte. Immerhin waren 1944/1945 Institutionen ins Leben gerufen worden, um derlei künftig zu verhindern: die Bretton-Woods-Institutionen und in den Vereinten Nationen der Wirtschafts- und Sozialrat, mit dem expliziten Ziel, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard zu fördern.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und der Wirtschafts- und Sozialrat konnten jedoch aus unterschiedlichen Gründen diese zweite globale Finanz- und Wirtschaftskrise nicht verhindern. Der IWF, vor allem die dort tonangebenden Finanzminister der G-7-Staaten, hätten die Anzeichen der Krise ignoriert, so **Heribert Dieter**. Der IWF habe über lange Zeit jenes gesunde Maß an Skepsis gegenüber den Finanzmärkten vermissen lassen, das kritische Beobachtung ausmacht. Wenn der IWF die Stimmverteilung zugunsten der Entwicklungs- und Schwellenländer anpasst, seine Abneigung gegenüber Kapitalmarktkontrollen ablegt, den Staatsbankrott Griechenlands verhindert und ein internationales Insolvenzverfahren entwickelt, könnte er jedoch zum Zentrum der internationalen Finanzarchitektur des 21. Jahrhunderts werden und dann dazu beitragen, künftige globale Finanzkrisen zu verhindern, so der Autor.

Der in den UN für Wirtschaftsfragen zuständige Wirtschafts- und Sozialrat konnte die Krise erst recht nicht verhindern, weil die Industriestaaten innerhalb der UN das Gremium nicht mit den Befugnissen dazu ausgestattet haben. Sie haben die Vereinten Nationen nie als Forum für multilaterale Wirtschaftsverhandlungen genutzt, sondern sind auf die G-7/8 ausgewichen, in der sie allein entscheiden können. Dass jener Klub nun auf Schwellenländer ausgeweitet wurde, sei ein erster wichtiger Schritt, obwohl auch die G-20 viele Schwächen habe, so **Frank Schröder** und **Jürgen Stetten**. Die bislang radikalsten Vorschläge zur Reform des globalen Finanz- und Wirtschaftssystems kamen aus den Reihen der UN, nämlich von der vom damaligen Präsidenten der Generalversammlung eingesetzten ›Stiglitz-Kommission‹. Doch diese Vorschläge, unter anderem die Einrichtung eines ›Weltwirtschaftskordinierungsrats‹, ähnlich dem UN-Sicherheitsrat, werden von den Industriestaaten abgelehnt.

Da es auf internationaler Ebene kaum möglich scheint, ein gerechteres und krisenresistentes globales Finanz- und Wirtschaftssystem zu errichten, wurde in den UN nach anderen Wegen gesucht. **Heiner Flassbeck** und **Laurissa Mühlich** stellen den in der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) entwickelten Ansatz regionaler Währungskooperationen vor. Neben der Eurozone gebe es auch in anderen Weltregionen Währungskooperationen, die ausgebaut und vertieft werden müssten. Verstärkte Zusammenarbeit auf regionaler Ebene würde die Entwicklungs- und Schwellenländer gegenüber Krisen widerstandsfähiger machen und zu einem stabilen internationalen Währungs- und Finanzsystem beitragen.

Ich wünsche eine anregende Lektüre.



Anja Papenfuß, Chefredakteurin
papenfuss@dgvn.de

